



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Macht des Unvernünftigen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Macht des Unvernünftigen



Die Menschheit sollte billigerweise allmählich immer etwas klüger und verständiger werden, und in gewisser Hinsicht ist auch ein solcher Fortschritt, wenn wir auf frühere Zeiten zurückblicken, bemerkbar. Andererseits aber scheint in einigen Kulturländern und nicht am wenigsten bei uns im deutschen Reich ein Rückschritt eingetreten zu sein, den man am Ende des Jahrhunderts nicht hätte erwarten sollen, da er zu der Verbreitung von Aufklärung und Bildung im Gegensatz steht. Das Nationalgefühl, dessen Erstarken so berechtigt war, ist teilweise in nationalen Hochmut und unverständigen Fremdenhaß ausgeartet. Staatsmännische Besonnenheit hat sich dieser Strömung zu erwehren, wenn nicht von ihr dem Vaterlande Gefahr drohen soll. Während aber auf auswärtigem Gebiete für diese Gefahren wenigstens ein Verständnis vorhanden ist, während man den Übermut zu dämpfen sucht, so ist leider auf dem Gebiete der innern Politik der Unvernunft und Leidenschaft zu viel Nachsicht erwiesen, ja es ist ihr eine Herrschaft über die Gesetzgebung eingeräumt worden, die sie nimmer hätte einnehmen dürfen. Dabei ist es eigentümlich, daß sich gerade auf einem Gebiete, das neuerdings viel mehr als früher und mit einer gewissen Vorliebe von der Wissenschaft bearbeitet wird, dem volkswirtschaftlichen, die Unvernunft breit macht. Sie ist auch bemüht, mit neuzeitlichen Waffen zu kämpfen: sie pußt ihre Behauptungen in einem wissenschaftlichen Gewande heraus. Aber während sie sich den Anschein giebt, durch tiefsinnige Forschungen zu ihren Schlüssen gelangt zu sein, sind in Wahrheit ihre Behauptungen oft so widersinnig, daß ein wenig gesunder Menschenverstand mehr wert ist, als diese angeblich so scharfsinnige Beweisführung. Die Wissenschaft wird in den Dienst des Parteigeistes gezwungen; sie muß herausfinden, was dem Parteigeist zu seinen Zwecken dienlich erscheint. So scheut man sich denn nicht, auf

den Aberglauben früherer Zeiten zurückzugreifen, wenn man nur durch die so aufgestellten Behauptungen die Parteibestrebungen rechtfertigen zu können glaubt.

Der verrückteste Agrarier würde eine solche Forderung nicht stellen! hat Fürst Bismarck einmal gesagt, als von der Möglichkeit eines besonders hohen Zollsatzes oder einem andern ausschweifenden gesetzgeberischen Plane die Rede war. Als er diesen Ausdruck brauchte, hat damit der Urheber und eifrige Vorkämpfer der Schutzzollpolitik selbst zugestanden, daß es ein Übermaß von Forderungen auf diesem Gebiete gebe, worauf die Gesetzgebung nicht eingehen dürfe, daß eine Ausartung des agrarischen Programms in „Verrücktheit,“ vom Standpunkt einer besonnenen Staatsleitung aus beurteilt, denkbar sei. Es ist aber damals zu wenig beachtet worden, daß der Keim der Unvernunft schon in den ersten, vermeintlich bescheiden und wohlberechtigten Forderungen gegeben war. Unvernunft lag schon in der Überschätzung der Fähigkeiten der Staatsgewalt; thöricht war die Vorstellung, daß die Gesetzgebung willkürlich die Preisbildung beherrschen und die Folgen großer wirtschaftlicher Umwälzungen dem Einzelnen abnehmen könne. Und während zu Anfang vielfach angenommen wurde, daß die Bewilligung der „kleinen Mittel,“ die damals nur gefordert wurden, unbedenklich sei, und daß man dadurch die ungestüm Fordernden zufriedenstellen werde, hat sich das Gegenteil ergeben. Man glaubt mit kleinen Mitteln viel erreichen zu können, und die Enttäuschung war natürlich um so größer, als jede Wirkung ausblieb. Auch damals schon wurde wohl das Wort vernommen, daß es sich um einen Versuch handle, und dabei mochte bei denen, die sich nur ungeru zum Mitwirken an diesem Gesetzgebungswerke bewegen ließen, die Voraussetzung die sein, daß, wenn der Versuch mißlinge, er aufgegeben werden müsse. Ganz anders aber war die Wirkung des Mißlingens auf die, die den „Versuch“ als das Mittel zur Erhaltung ihrer Existenz betrachtet hatten. Sie hatten nur das eine behalten, daß ihnen das grundsätzliche Zugeständnis der Berechtigung ihrer Forderungen gemacht worden war. Sie glaubten die Gesetzgebung bei dem gegebenen Versprechen festhalten zu dürfen, und die Gesetzgebung mußte nun weiter „versuchen,“ was sie für die Notleidenden, denen unter allen Umständen geholfen werden mußte, thun könnte. So sind wir auf der Bahn des Unvernünftigen allmählich immer weiter gedrängt worden. Die Gesetzgebung hat bewilligt, was auf einer frühern Entwicklungsstufe von den Anhängern dieser Richtung selbst für eine Ungehuerlichkeit gehalten worden ist. Und auch außerhalb des Kreises der eigentlichen Interessenpolitiker haben sich bei einem großen Teile der Bevölkerung, wie es scheint, die Nerven abgestumpft gegen das Unvernünftige und, man muß leider hinzufügen, gegen die Ungerechtigkeit der agrarischen Forderungen. Neuerdings aber hat die Entwicklung zum Unvernünftigen hin einen wahrhaft beängstigenden Geschwindschritt angenommen. Denn wenn mit dem feierlichen

Ernst, der der gesetzgeberischen Thätigkeit gebührt, zum Gesetz erhoben wird, was nicht etwa vor einigen Jahren, nein vor einigen Monaten oder Wochen für unzweckmäßig, für schädlich, für eine gesetzgeberische Thorheit erklärt wurde, wenn dieselben Personen zum Teil, die sich vorher so geringschätzig über den Gesetzworschlag ausgesprochen hatten, so rasch umfattern, so ist es wohl weit genug gekommen. Einen glänzenden Sieg kann die Unvernunft nicht feiern, als wenn die Gesetzgeber ihren lärmenden Wortführern erklären: Wir billigen nicht, was ihr verlangt, wir versprechen uns keine günstige Wirkung davon, aber um euch los zu werden und in der Hoffnung, daß ihr vielleicht durch Schaden klug werdet, geben wir nach. Darin liegt die stärkste Aufmunterung der Agitation. Welche Widerstandskraft hat dann noch die Gesetzgebung, und welche Gewähr ist dafür gegeben, daß nicht Vorschläge, die vor einiger Zeit noch von den leitenden Stellen als gesetzgeberische Thorheit bezeichnet wurden, dennoch Gesetz werden?

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie sehr sich die Anschauungen der Interessenpolitiker selbst geändert haben. Sogar die ersten scheinbar so bescheidnen Forderungen wagte man zu Anfang nicht zu stellen. Sie wurden von einigen wenigen erhoben, und die große Mehrzahl aller derer, die heute dem agrarischen Heerbann folgen, hielt damals u. a. schon die Forderung eines Kornzolles überhaupt für unberechtigt, wie sich denn auch die Vorstellung, daß die Grundsteuer eine Ungerechtigkeit sei, erst ganz allmählich in den Kreisen der Grundbesitzer verbreitet hat.

So wurde immer mehr gefordert, und das, was einmal gewährt war, wurde als ein selbstverständliches Recht betrachtet, dessen Gewährung der Gesetzgebung keinen Anspruch auf Dank gebe, vielmehr nur ihre Verpflichtung zu weiteren Leistungen beweise. Als man sah, wie wenig die Zölle, auch nach ihrer spätern Erhöhung, wirkten, da wurden die ausschweifendsten Forderungen bezüglich der Höhe des Zollsatzes erhoben. Zollsätze, die zu fordern man anfangs für eine Albernheit gehalten hatte, wurden später als das geringste bezeichnet, womit sich die Landwirtschaft zufrieden geben könne. Und als dann die schutzzöllnerische Hochflut etwas zurückgestaut wurde, als in mehreren Ländern die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Zölle eingesehen wurde, als nach Abschluß der Handelsverträge an Zollerhöhungen nicht mehr zu denken war, da warf sich die Agitation auf andre Gebiete, und die gesetzgeberischen Heilkünstler suchten nach neuen, wirksamern Mitteln. Zwar wurde gewaltiges Geschrei erhoben wegen der durch die Handelsverträge festgesetzten geringfügigen Zollherabsetzung, die angeblich den Untergang der Landwirtschaft gewaltig beschleunigen sollte. Aber die Absicht hierbei war doch wohl hauptsächlich, möglichst hohe „Kompensationen“ für die Handelsverträge, die zu gewähren sich ja die Gesetzgebung verpflichtet hatte, herauszuschlagen. Im übrigen ist es deutlich bemerkbar, daß die Agrarier der ganzen Zollgesetzgebung lange nicht mehr

den Wert beilegen wie früher. Und das ist ja begreiflich, da trotz eines immer noch recht hohen Zolles die Getreidepreise niedrig sind. Zölle mögen wohl so nebenher für eine ganz nützliche Einrichtung gehalten werden, und man will sie natürlich nicht preisgeben, wenn nicht ein besonders wertvoller Ersatz dafür geboten wird. Aber zur „Rettung der Landwirtschaft“ bedarf es viel kräftigerer Mittel.

Bei dem Bemühen, solche Mittel zu finden, tritt nun immer deutlicher die Neigung hervor, das heutige Wirtschaftsleben gründlich umzugestalten; es bekundet sich eine tiefe Abneigung gegen die ganze heutige wirtschaftliche Entwicklung, durch die angeblich der Stand des Landmannes schwer benachteiligt sein soll. Immer offener wagt sich die Selbstsucht hervor, die alles nach den Bedürfnissen eines einzelnen Berufsstandes zuschneiden möchte und mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen das Gedeihen anderer Berufsarten verfährt. Das ist eine kurzsichtige, verblendete Selbstsucht; sie verkennet die Bedingungen, von denen heute auch das Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Weil sich die Agrarier mit der unglücklichen Vorstellung tragen, daß die ganze bestehende Wirtschaftsordnung verfehlt sei, wirft sich ihr Reformeifer bald auf dies bald auf jenes Gebiet. Bald werden die Verkehrsverhältnisse, bald wird das Erbrecht, bald die Münzgesetzgebung, bald der Handel als mangelhaft, dem hohen Zweck der Förderung des landwirtschaftlichen Berufs nicht entsprechend und darum reformbedürftig hingestellt. Mit diesen Vorschlägen verglichen war die Zollgesetzgebung harmlos. Wieviel Schaden auch dadurch angerichtet werden mochte, indem die Neigung zum Austürmen von verkehrsfeindlichen Schranken auch in andern Ländern geweckt wurde, Zölle sind doch nicht etwas so Ungewöhnliches; man blieb damit auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung. Aber die Ausführung der andern Vorschläge würde mehr oder weniger einen „Sprung ins Dunkle“ bedeuten; man kann sich für die Zweckmäßigkeit dieser Vorschläge nicht auf irgend welche Erfahrungen berufen, es sei denn, daß man die frühern Verhältnisse als Muster aufstellte. Und das thun ja auch die Agrarier. Rückgängigmachung der ganzen neuern wirtschaftlichen Entwicklung, Rückkehr zu den einfachern Wirtschaftsformen einer frühern Zeit wird als das gründlichste Heilmittel gepriesen. Die heutige Vervollkommnung der Verkehrsmittel ist vom Übel, weil sie und, wohlbemerkt, nur so weit sie unsrer Landwirtschaft eine unerwünschte Konkurrenz bringt. Das Gold will man von seiner beherrschenden Stellung entthronen, die es nicht durch irgend eine Laune, sondern durch einen Kulturfortschritt, durch die Bevorzugung des bequemern Zahlungsmittels, durch das Reichlicherwerden des Silbers und das dadurch notwendig verursachte Herabsinken dieses Metalls auf eine tiefere Stufe erlangt hat. Dem Bauernstand sucht man ein Erbrecht, sucht man Besitz- und Verschuldungsformen aufzuzwingen, die seinen Bedürfnissen nicht entsprechen, da auch er sich viel mehr an die angeblich so verderbliche „kapitalistische“

Wirtschaftsordnung gewöhnt hat, als seine Anwälte zugeben wollen. Die Bedeutung des Handels für das heutige Wirtschaftsleben wird ganz und gar verkannt, und gegen ihn sowie gegen das ganze bewegliche Kapital richtet sich ein unverständiger Haß.

Alle diese Vorstellungen sind von Haus aus dem Bauernstande nicht geläufig; sie sind, wie das erste Verlangen nach Kornzöllen, erst durch die Agitation bei ihm geweckt worden. Aber wenn dem Bauern beständig vorgepredigt wird, daß er der vortrefflichste und wertvollste Berufsstand sei, zu dessen Erhaltung sich alles vereinigen müsse, dessen Interessen überall den Ausschlag geben müßten, so gehört ein gewisser Bildungsgrad und einige Unbefangenheit des Urteils dazu, sich durch das Blendende dieser Darstellung nicht bestechen zu lassen. Und, die Richtigkeit dieser Darstellung zugegeben, liegt es auch nahe, anzunehmen, daß nicht nur der größte Scharfsinn auf das Herausfinden zweckmäßiger Rettungsmittel verwandt werden müsse, sondern auch, daß man bei der Auswahl dieser Mittel nicht allzu besorgt zu sein brauche, ob etwa die Rechte anderer gekränkt werden, daß die Notlage der Landwirtschaft außerordentliche Mittel rechtfertige. Die Agrarier haben sich in den letzten Jahren durch Ausgabe einer billigen Zeitung ganz besonders an solche Volkskreise gewandt, deren Denkweise nicht sehr widerstandsfähig gegen diese Art der Beruführung ist. Sie haben damit auch einen Erfolg gehabt, obgleich nicht so durchschlagend, wie sie wünschen und die Gegner glauben machen möchten. Die Redaktionen, die so ausschweifende Parteianschauungen vertreten, berufen sich gern auf Zuschriften aus ihrem Leserkreise, als ob sie sich auf eine volkstümliche Strömung stützten. Da kommen denn mitunter ganz eigentümliche Rechtsbegriffe und höchst naive Vorstellungen zu Tage, was heute der Landmann beanspruchen dürfe. Schulden durch Hilfe anderer loswerden, keine Steuern bezahlen, die eignen Lasten andern aufbürden, das sind alles sehr schöne Sachen, nur daß man solche „Rechte“ nicht geltend machen kann, ohne die ganze Besitzordnung umzuwälzen.

Es ist öfter bemerkt worden, daß sich die Interessen des Großgrundbesitzes mit denen des ländlichen Kleinbesitzes nicht decken, daß, soweit durch die Interessenpolitik wirkliche Vorteile von der Gesetzgebung erlangt würden, diese hauptsächlich dem Großgrundbesitz zu gute kommen und zum Teil auf Kosten des kleineren Besitzers, als Steuerzahlers, gewährt würden, während andererseits die „utopistischen“ Forderungen undurchführbar, die glänzenden dem ganzen Landmannsstand gemachten Versprechungen unwahr seien. Aber die Agrarier haben mit Geschick den Berufsneid zu wecken gewußt, haben die Vorstellung gepflegt, daß das Kapital, dessen befruchtende Wirkung auch der Landwirtschaft zu gute kommt, und der Handel, auf dessen Hilfe die Landwirtschaft zur Verwertung ihrer Erzeugnisse angewiesen ist, Feinde der Landwirtschaft, Ausfänger dieses armen ländlichen Berufsstandes seien. In dieser

Richtung ist namentlich in den letzten Jahren stark gearbeitet worden, und dadurch ist die agrarische Agitation viel schärfer und gehässiger geworden. Zwar wurde auch in der Zeit schon, wo die Schutzzollbestrebungen auf ihrer Höhe standen, die Berufsfeindschaft als ein Mittel zur Rechtfertigung dieser Bestrebungen betrachtet. Man suchte die Schuld der Brotvertuerung von den Schutzzöllnern auf die Bäcker abzulenken. Aber die Anzäpfungen der Bäcker waren doch harmlos im Vergleich mit den heutigen unsinnigen Anfeindungen des Handelsstandes. Und es ist interessant, zu beobachten, wie die Agrarier allmählich in ihren Behauptungen immer dreister geworden sind und sich nicht mehr scheuen, nicht allein mit den Grundsätzen des heutigen Wirtschaftslebens, sondern auch mit der gesunden Vernunft in Widerspruch zu geraten. Dies hängt mit der ganzen Art ihrer Agitation zusammen. Wer dem Volke goldne Berge verspricht, wer eine glänzende Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage in Aussicht stellt, wie sie unter heutigen Verhältnissen nicht denkbar und durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht zu erreichen ist, der muß auch durch Erregung abergläubischer Vorstellungen zu wirken suchen. Er muß den Glauben an eine ganz besondere von den Verhältnissen des Weltmarktes unabhängige Kraft der Gesetzgebung wecken; zu diesem Zweck müssen auch irrtümliche Vorstellungen von dem Zusammenhange des wirtschaftlichen Getriebes und von der Preisbildung gepflegt werden. Wenn alles Heil von hohen Getreidepreisen kommen soll, so muß die Gesetzgebung in dieser Richtung ihre Macht geltend machen. Aber nur wenn die Börse tatsächlich die Fähigkeit hat, die Getreidepresse zu „machen,“ hat es einen Sinn, diese Macht auf den Staat oder auf eine Genossenschaft von Großgrundbesitzern übertragen zu wollen, damit das Zaubermittel der Preisbeherrschung einer dem Getreidebauer feindlichen Gewalt entzogen und einer ihm wohlwollend gesinnten zur Verfügung gestellt werde. Darum die Überschätzung der Wirkungen aller Spekulation, daher der Wahn, daß man nur mit einer gehörigen Kapitalkraft eine „Hauffe“ zu machen brauche, um dauernd die Preise festzuhalten, daher der Vorschlag, daß man eine gewisse Zeit große Getreidevorräte in Riesenspeicher legen solle, um dann bei einem künstlich bewirkten Getreidemangel beliebig hohe Preise vorschreiben zu können. Daher die Anklagen der Unfähigkeit oder Bosheit gegen den Handel, der das von ihm gewünschte Kunststück nicht machen kann oder will.

Die Agrarpartei hat, wie gesagt, ihre wissenschaftlichen Größen, die mit großem Aufwand von Scharfsinn diese verworrenen Vorstellungen in ein System gebracht und zu begründen gesucht haben. Der Name Kanitz ist in aller Munde; Herr v. Graß-Klanin, dessen Name weniger bekannt sein mag, hat doch Bedeutung als der Urheber des famosen, nun zum Gesetz gewordenen Getreidespeichervorschlags. Besondere Erwähnung verdient aber ein Mann, der in neuerer Zeit zur Bereicherung des agrarischen Programms in der bezeichneten Richtung wesentlich beigetragen hat, der Privatdozent Dr. Ruhland.

Dieser Herr ist besonders bemüht, den agrarischen Theorien einen, man möchte sagen sensationellen Anstrich zu geben. Die agrarischen Irrtümer sind in seinen Schriften auf die Spitze getrieben; diese Schriften zeugen von ganz einseitiger Parteileidenschaft, und ihr Verfasser scheint sich etwas darauf zu gute zu thun, eine neue Richtung anzubahnen, kühne Vorschläge zu einer gründlichen Umgestaltung der neuzeitlichen Wirtschaftsordnung zu machen. Seiner Darstellung zufolge besteht eigentlich die ganze in der Neuzeit so sehr hervortretende Wirksamkeit des Kapitals, sein Anteil an der Erschließung neuer Länder und der Herstellung neuer Verkehrsverbindungen nur aus fortgesetztem Verbrechen gegen die Gesellschaft. Man sollte demnach annehmen, daß es am zweckmäßigsten wäre, die Verkehrsverbindungen als eine Art von Teufelswerk zu zerstören, Frachten auf Karren zu befördern, kurz, in allem das wirtschaftliche Leben zurückzuschrauben und die alten Zustände wieder herzustellen, damit das böse Kapital nicht überall seinen Schnitt machen könne. So weit geht nun Herr Ruhland nicht; er würde sich durch solche Vorschläge auch bei seinen Anhängern lächerlich machen. Wohl aber glaubt er den armen produktiven Berufsständen die Befreiung von dem schmähligen Joch des Kapitals in Aussicht stellen zu können, wenn hierzu nur die rechten Mittel ergriffen werden. Er plant so etwas wie ein Bündnis der produktiven Stände aller Kulturländer zur Abschüttlung dieses Jochs, und er glaubt einen Siegeszug der agrarischen Ideen durch alle diese Länder prophezeien zu können. Aber soweit sind wir glücklicherweise noch nicht. Es ist zwar zugegeben, daß auch anderswo Selbstsucht und wirtschaftlicher Unverstand eine große Macht haben, so namentlich in dem Völkergewirr der Vereinigten Staaten, wo diese Bestrebungen in der Denkweise eines großen Teils der Bevölkerung eine Stütze finden, wo noch wirrer der Wunderglaube an die gesetzgeberische Kraft und das Gelüsten nach fremdem Gut auftritt. Sogar an die Thore Altenglands, dieses alten Musterlandes gesetzgeberischer Besonnenheit, pocht die Unvernunft. Sogar dort hat das Wort: „Es muß geholfen werden!“ seine verhängnisvolle Wirkung geübt, und es werden die ersten schüchternen Versuche gemacht, durch einige vermeintlich harmlose Zugeständnisse die nimmerfattten Interessenpolitiker zu befriedigen. Aber internationale Vereinbarungen zur Ausführung der agrarischen Gesetzesvorschläge werden doch schwerlich zustande kommen. Bisher hat sich die Besonnenheit noch stark genug erwiesen, wenigstens die wildesten Projekte zurückzuweisen. Auch ist die wirtschaftliche Selbstsucht am wenigsten geeignet, solche Vereinbarungen zustande zu bringen, weil dabei doch immer gegenseitige Zugeständnisse nötig sind, zu denen sie sich nicht verstehen mag.

So bleibt denn vorläufig nichts weiter übrig, als am Ausbau unsrer nationalen Gesetzgebung in agrarischem Sinne mit aller Kraft und mit dem Eifer, der dieser wichtigen Sache gebührt, zu arbeiten. Und unsre Gesetzgebung hat es ja wirklich in der Nachgiebigkeit gegen die Agrarier sehr weit gebracht.

Nicht der überzeugenden Kraft der Wahrheit aber, sondern der einschüchternden Wirkung ihrer Agitation haben die Agrarier ihre Erfolge zu verdanken. Die Behauptungen des Herrn Ruhland und seiner Geistesverwandten haben gar keine andre Beweiskraft, als daß sie beständig mit großer Zuversicht wiederholt wurden und allmählich immer mehr Glauben fanden. Aber obgleich die Regierung und die von den Agrariern halbwegs abhängigen Abgeordneten nicht zu den Gläubigen gehören, fühlen sie sich doch verpflichtet, auf diese Anschauungen Rücksicht zu nehmen. Sie berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Nachgiebigkeit auf die agrarischen Theorien von der Preisbildung, auf die Behauptung von der Gemeenschädlichkeit der Getreidebörse. Die Gesetzgebung — das wurde besonders klar bei den Verhandlungen über die Getreidespeicher und über das Verbot des Terminhandels — beugt sich vor dieser Geistesrichtung als vor einer Macht, die sie anerkennen und mit der sie auszukommen suchen müsse.

Man kann nicht sagen, daß das Verfahren der Verantwortlichkeit des Gesetzgebers entspreche, und wenn nach solchen Grundsätzen weiter gearbeitet wird, so fragt es sich, wie lange wir noch ein Recht haben, uns des Vorzugs vor amerikanischer Drahtzieherei und Skrupellosigkeit zu rühmen. Was das schlimmste ist, die Agrarier selbst scheinen kein rechtes Vertrauen zu der Zweckmäßigkeit der von ihnen empfohlenen Heilmittel zu haben. Die ganze Unwahrheit der agrarischen Agitation wird umsomehr enthüllt, je mehr Macht über die Gesetzgebung ihnen eingeräumt wird. Denn damit tritt auch an sie die Verpflichtung heran, ihre Kunst zu erweisen, ihre Versprechungen einzulösen. Man merkt ihnen deutlich die Besorgnis an, daß sie hierzu nicht imstande sein werden. Über das Getreidespeicherprojekt wurde schon ziemlich geringschätzig geurteilt, als noch darüber beraten wurde. Da hieß es, dieser „Versuch“ habe doch nur geringen Wert; solle die Einrichtung wirksam sein, so müsse sie gleich in viel größerem Umfange durchgeführt werden. Das sind Ausflüchte, die den Mißerfolg verdecken sollen. Solange wir nicht die Gesetzgebung ganz in den Händen haben, können wir auch nicht zeigen, was wir zu leisten vermögen, so lautet die agrarische Entschuldigung. Auch daß das Verbot des Terminhandels nicht die gewünschten hohen Preise bringt, zumal da die Natur so unverständig ist, auch in diesem Jahre wieder von dem so gefürchteten gemeinschädlichen Getreide viel zu viel hervorzubringen, scheinen die Agrarier bereits einzusehen, und sie rüsten sich darauf, die auf Grund des Mißerfolgs gegen ihre Theorie erhobnen Angriffe abzuwehren. Dieser Mißerfolg scheint sich ja schon dadurch anzukündigen, daß infolge des Reichstagsbeschlusses die Getreidepreise an der Berliner Börse zurückgegangen sind. Da muß dann der Unfinn von der Bosheit und tiefen Verworfenheit der Börsenmänner weiter fortgesponnen werden. Herr Ruhland ist auf dem Plan, und er hat in der Deutschen Tageszeitung eine Leistung vollbracht, die nur durch die Hitze

der letzten Zeit einigermaßen entschuldigt werden kann. Für Herrn Ruhland steht es fest, daß es sich hierbei nur um eine Verschwörung der Getreidespekulanten gegen den armen Stand des Landmanns handeln kann. Die Börse will sich rächen für das Verbot des Getreideterminhandels; sie treibt den Preisdruck so weit, daß dadurch die Wirtschaft vieler Landwirte vernichtet wird. Wenn die Börse wirklich diese unheimliche Macht haben sollte, die sie dann gelegentlich auch einmal zu übermäßigem Hinauffschrauben der Preise benutzen könnte, so muß man Herrn Ruhland wohl darin Recht geben, daß gegen solches Treiben ein Einschreiten des Staates geboten sei. Einstweilen aber wollen wir nicht an Hexerei glauben, die Ausführungen des Herrn Ruhland sind uns nur ein Beweis dafür, wie man sich in abgeschmackte einseitige Theorien verrennen kann. Es muß auch solche Käuze geben.



Die Berliner Gewerbeausstellung

Von W. Creptow



echs Wochen nach der Eröffnung ist die Berliner Gewerbeausstellung endlich so weit, daß eine eingehende Beurteilung dessen, was geleistet ist, und was sie bietet, und dessen, was sie hätte bieten können, möglich ist. Am 1. Mai bei der Eröffnung, viel schlimmer aber noch in den ersten Wochen nach der Eröffnungsfeier, nachdem der Pflanzen- und Fahnen schmuck, der alles Unfertige verhüllte, eifrig schaffenden und hämmernden Arbeitern Platz gemacht hatte, war die Ausstellung in einem Zustande, der eines solchen Unternehmens nicht würdig war. Es sind in den letzten Jahrzehnten wahrhaftig Ausstellungen genug gewesen, von denen der leitende Ausschuß hätte lernen können, zeitig anzufangen. Wir hoffen, daß der Arbeitsausschuß inzwischen wohl selbst eingesehen haben wird, daß in jeder Beziehung zu spät angefangen worden ist. Wenn zur Entschuldigung des unfertigen Zustandes bei der Eröffnung die geringfügigen Streiks angeführt werden, so muß das aus mehreren Gründen zurückgewiesen werden. Erfahrungsgemäß sind Streiks bei solchen außergewöhnlichen Veranstaltungen ein Umstand, mit dem stets gerechnet werden muß, weil er, wenn er nicht in einen wochenlangen allgemeinen Streik ausartet, zu den von vorn herein zu berücksichtigenden bekannten, ganz gewöhnlichen Erscheinungen eines solchen Unternehmens gehört. Im vorliegenden Falle sind alle Versuche, die übrigens immer auf kleine Kreise beschränkt blieben, leicht und rasch dadurch